



- es gilt das gesprochene Wort -

Demo-Chaoten zur Kasse: Worum es wirklich geht

von Pascal Messerli, Grossrat SVP und Präsident Initiativkomitee

Sehr geehrte Damen und Herren, geschätzte Medienschaffende

Am 27. September entscheiden die Basler Stimmberechtigten über eine eigentlich sehr einfache Frage: Soll weiterhin die Allgemeinheit für die Folgen von Chaotismus bezahlen – oder sollen endlich diejenigen Verantwortung übernehmen, die diese Kosten verursachen?

Für uns ist die Antwort klar. Wer friedlich demonstriert und seine politische Meinung auf die Strasse trägt, soll dies selbstverständlich auch in Zukunft tun können. Die Demonstrationsfreiheit ist ein wichtiges Grundrecht, und unsere Initiative stellt dieses Grundrecht nicht infrage.

Aber ein Grundrecht ist kein Freipass.

Wer Menschen angreift, Sachen beschädigt, Schaufenster einschlägt oder durch sein rechtswidriges Verhalten ausserordentliche Polizeieinsätze verursacht, kann sich nicht einfach hinter der Demonstrationsfreiheit verstecken. Und genau dort setzt unsere Anti-Chaoten-Initiative an.

Wir wollen, dass bei unbewilligten Demonstrationen diejenigen Störer für Polizeikosten und Schäden geradestehen, die diese verursacht haben. Bei bewilligten Demonstrationen sollen jene zur Verantwortung gezogen werden, die Gewalt gegen Personen oder Sachen ausüben. Und auch wer eine andere Demonstration mit Gewalt oder Nötigung widerrechtlich stört, soll für die dadurch verursachten Kosten geradestehen.

Gleichzeitig verpflichten wir den Regierungsrat, endlich ein griffiges Konzept vorzulegen, wie die hohe Zahl unbewilligter Demonstrationen in Basel reduziert werden kann. Zulässige Spontandemonstrationen bleiben ausdrücklich möglich.

Das ist keine radikale Forderung. Es ist eigentlich etwas, das wir in fast allen anderen Lebensbereichen als selbstverständlich betrachten: Wer einen Schaden verursacht, übernimmt dafür Verantwortung.

Trotzdem hören wir von den Gegnern immer wieder, unsere Initiative gefährde die Grundrechte. Ich halte dagegen: Demonstrieren ist ein Grundrecht. Einen Pflasterstein durch ein Schaufenster zu werfen, ist keines. Einen Polizisten anzugreifen, ist keines. Und eine friedliche Kundgebung mit Gewalt zu verhindern, ist ebenfalls keines.

Auch die Behauptung, wir wollten friedliche Demonstrierende kollektiv bestrafen, ist falsch. Die Initiative spricht ausdrücklich von Störern. Wer friedlich demonstriert, soll nicht für die Tat eines Gewalttäters bezahlen.

Und selbstverständlich muss die konkrete gesetzliche Umsetzung nach einer Annahme der Initiative die Bundesverfassung, die Rechtsprechung und den Grundsatz der

Verhältnismässigkeit respektieren. Der Grosse Rat hat die Initiative denn auch für rechtlich zulässig erklärt.

Besonders interessant ist aber ein anderes Argument unserer Gegner. Der Regierungsrat sagt uns nämlich, dass Polizeikosten grundsätzlich bereits heute verrechnet werden könnten.

Wir wollten deshalb wissen: Wird das denn auch gemacht?

Wir haben im Frühling 2026 in meiner Interpellation nach konkreten Demonstrationen und Ausschreitungen der vergangenen Jahre gefragt. Nach Fällen mit Festnahmen, Sachbeschädigungen, kontrollierten Personen und Gerichtsverfahren.

Das Ergebnis ist bemerkenswert: In keinem dieser abgefragten Fälle wurden Polizeikosten verrechnet.

Genau hier liegt der politische Widerspruch. Man sagt uns auf der einen Seite, unsere Initiative brauche es nicht, weil bereits heute genügend Möglichkeiten vorhanden seien. Gleichzeitig werden diese Möglichkeiten in der Praxis nicht genutzt.

Und wenn uns dann noch entgegengehalten wird, eine konsequente Kostenüberwälzung sei schwierig, dann sage ich: Schwierigkeit darf doch kein Argument für Untätigkeit sein.

Andere Kantone zeigen, dass Regelungen möglich sind. Im Kanton Zürich wurde eine Grundlage geschaffen, wonach Verursacher eines ausserordentlichen Polizeieinsatzes bei vorsätzlichem Verhalten anteilmässig für Kosten herangezogen werden können.

Wir verlangen keine Wunder. Und wir behaupten auch nicht, dass es nach einem Ja nie wieder eine unbewilligte Demonstration geben wird. Was wir verlangen, ist viel grundlegender: klare Regeln, einen konsequenten Vollzug und Verantwortung für das eigene Handeln.

Wer friedlich demonstriert, hat nichts zu befürchten. Wer randaliert und Kosten verursacht, soll dafür geradestehen.

Darum braucht es am 27. September ein Ja zur Anti-Chaoten-Initiative.